

**Antrag auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 35 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)**  
für die integrative Betreuung von seelischer Behinderung bedrohter oder betroffener Kinder in Kindertageseinrichtungen



- Neuantrag**  
 **Verlängerungsantrag**

Vom Antragsteller auszufüllen und an die Kindertageseinrichtung weiterzuleiten!

**1. Persönliche Verhältnisse des Kindes der Mutter des Vaters**

Bitte unbedingt die Daten beider Elternteile angeben, unabhängig davon, bei wem das Kind lebt und wer sorgeberechtigt ist.

Name, Vorname			
Geburtsdatum und -ort			
Straße, Haus-Nr.			
PLZ, Wohnort			
Telefon-Nr.			
Staatsangehörigkeit			
Sorgeberechtigt		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

**Pflegekind (auch Pflege durch Verwandte, z.B. Großeltern)**  ja  nein

Name der Pflegeeltern	
Aufenthalt vor Aufnahme in Pflegefamilie: Bei wem und wo (Anschrift, Telefon)?	
Zuständiges Jugendamt	

**Anderweitige Ansprüche**

Die (ggf. drohende) Behinderung ist Folge eines	- Unfallschadens	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	- Impfschadens	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	- schuldhafte Verhaltens Dritter	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Werden/Wurden Ansprüche geltend gemacht?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Wenn ja, welche gegenüber wem?		

**Für o.g. Kind beantrage/n ich/wir Leistungen für die wie folgt angegebene integrative Betreuung:**

Betreuung ab (Datum):		
In Kindertageseinrichtung (Name, Ort):		
Buchungszeit (Stunden):	täglich:	wöchentlich:

**Nur bei Neuantrag:**

**Die Stellungnahme eines Arztes, die den Anforderungen des § 35 a SGB VIII genügt (s. Hinweisblatt)**

- liegt bei.  wird nachgereicht.

**Erklärung:**

Zur Feststellung des Eingliederungsbedarfs stimme/n ich/wir der Weitergabe von Unterlagen zur (ggf. drohenden) Behinderung durch die Kindertageseinrichtung an das Amt für Jugend und Familie zu.  
Ich/Wir versichere/n, dass die Angaben in diesem Antrag der Wahrheit entsprechen und dass keine Angaben verschwiegen wurden.  
Es ist mir/uns bekannt, dass ich mir/wir uns durch wahrheitswidrige Angaben strafbar mache/n.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller  
(bei gemeinsamem Sorgerecht: Unterschrift beider Eltern)

## Antrag / Verlängerungsantrag

auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 35 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)  
für die integrative Betreuung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder in Kindertageseinrichtungen

### 2. Kindertageseinrichtung / Träger

<b>Name der Kindertageseinrichtung:</b>	
Straße, Haus-Nr.	
PLZ, Ort	
Telefon-Nr.	
E-Mail-Adresse	
Name des Ansprechpartners	
Bankverbindung (BLZ, Konto-Nr.)	
<b>Name des Trägers:</b>	
Straße, Haus-Nr.	
PLZ, Ort	

Für das auf Seite 1 des Antrages aufgeführte Kind soll der Gewichtungsfaktor von 4,5 (Art. 21 Abs. 5 Satz 2 Spiegelstrich 4 BayKiBiG) auf 5,5 angehoben werden. Die Finanzierung dieser Anhebung durch den Landkreis Cham wird beantragt.

#### Nur bei Neuantrag:

#### Begründung zur Notwendigkeit der integrativen Betreuung des Kindes aus der Sicht der Kindertageseinrichtung

liegt bei.  wird nachgereicht.

#### Nur bei Verlängerungsantrag:

#### Entwicklungs-/Betreuungsbericht zur weiteren Notwendigkeit der integrativen Betreuung des Kindes aus der Sicht der Kindertageseinrichtung

liegt bei.  wird nachgereicht.

#### Die Inanspruchnahme eines Fachdienstes wird

nicht beantragt.

beantragt. Eine auf das o.g. Kind bezogene Begründung für die Notwendigkeit aus der Sicht der Kindertageseinrichtung

liegt bei.  wird nachgereicht.

Name und Anschrift  
des Fachdienstes: \_\_\_\_\_

Anzahl der vorge-  
sehenen Stunden: \_\_\_\_\_ (grundsätzlich max. 50 Std. je ganzes Schuljahr)

#### Erklärung:

Es wird versichert, dass die Angaben in diesem Antrag der Wahrheit entsprechen und dass keine Angaben verschwiegen wurden.

Das ausgefüllte und unterschriebene Zusatzblatt "**Leistungsvereinbarung**" und das **Berechnungsblatt zur Ermittlung des Anstellungsschlüssels** ist beigelegt.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Stempel und Unterschrift der Einrichtung/des Trägers \_\_\_\_\_

#### Hinweis:

Bitte reichen Sie den Antrag rechtzeitig über die Wohnsitzgemeinde des Kindes beim Landratsamt Cham ein, da das Entgelt nicht rückwirkend vereinbart werden kann und eine Kostenübernahme erst nach Bekanntwerden erfolgt.

Von der Kindertageseinrichtung  
auszufüllen!

### Antrag / Verlängerungsantrag

auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 35 a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)  
für die integrative Betreuung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder in Kindertageseinrichtungen

#### Weiterleiten an die Wohnsitzgemeinde:

Name der Gemeinde

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

mit der Bitte um Stellungnahme zu der vorgesehenen Integrationsmaßnahme.

Von der Gemeinde auszufüllen!

#### 3. Stellungnahme der Wohnsitzgemeinde

Antragseingang am: \_\_\_\_\_

Der Bedarf für die beantragte Integrationsmaßnahme wird gem. Art. 7 Abs. 1 BayKiBiG

anerkannt.                       nicht anerkannt.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift der Gemeinde

#### Weiterleiten an das Landratsamt Cham

Landratsamt Cham  
Amt für Jugend und Familie  
Rachelstraße 6

93413 Cham

#### 4. Stellungnahme der für die staatliche Förderung zuständigen Fachstelle

Folgende entscheidungsrelevanten Punkte wurden geprüft:

- Berechnungsblatt zur Ermittlung des Anstellungsschlüssels
- Einhaltung der Fachkraftquote

Folgende Entscheidung wird getroffen:

- Der Gewichtungsfaktor 4,5 wird zuerkannt, soweit das betreffende Kind im Sinne vom § 35 a SGB XII behindert oder von einer wesentlichen Behinderung bedroht ist.
- Auch unter Anrechnung eines Gewichtungsfaktors von 5,5 wird ein Anstellungsschlüssel von mindestens 1 : 11,0 eingehalten.
- Auch unter Anrechnung eines Gewichtungsfaktors von 5,5 wird die Fachkraftquote eingehalten.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift der Kindertagesstättenaufsicht

#### 5. Feststellung der für die Eingliederungshilfe zuständigen Fachstelle

Folgende entscheidungsrelevanten Punkte wurden geprüft:

- Stellungnahme eines Arztes über eine (drohende Behinderung, die den Anforderungen des § 35 a SGB VIII entspricht
- Leistungsvereinbarung
- Stellungnahme allgemeiner Sozialdienst

Folgende Entscheidung wird getroffen:

- Der Gewichtungsfaktor 4,5 wird zuerkannt.
- Der Gewichtungsfaktor 4,5 wird um 1,0 auf 5,5 erhöht.
- Es werden \_\_\_\_\_ Fachleistungsstunden pro Jahr gewährt.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift der Kindertagesstättenaufsicht

## Seite 1: Antrag des/der Sorgeberechtigten

- Die erste Seite des Antragsformulars ist vom Antragsteller vollständig auszufüllen. Unzutreffendes ist zu streichen bzw. zu verneinen.
- Wenn beide Elternteile das Sorgerecht gemeinsam ausüben, ist die Unterschrift beider Elternteile erforderlich.
- Es genügt die Unterschrift eines Elternteils, wenn dieser die elterliche Sorge alleine ausübt. Hierüber ist ein Nachweis zu führen (Gerichtsurteil oder sog. Negativbescheinigung)
- Unabhängig von der Sorgerechtsregelung sind zu beiden Elternteilen Angaben über die persönlichen Verhältnisse zu machen.
- Der gesamte Antrag ist mit Anlagen an die Kindertageseinrichtung weiterzuleiten.

### Notwendige Anlagen:

- Bei einem **Neuantrag** ist die (drohende) seelische Behinderung den Vorgaben des § 35 a SGB VIII entsprechend nachzuweisen:  
Die Abweichung der seelischen Gesundheit ist durch ein Gutachten
  - eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie oder
  - eines Kinder- und Jugendpsychotherapeuten oder
  - eines Arztes oder eines Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, zu belegen.

Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der internationalen Klassifikation der Krankheit in der vom Deutschen Institut der medizinische Dokumentation und Information herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen.

Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.

Sofern diese Stellungnahme dem Antrag noch nicht beigelegt werden kann, ist sie schnellstmöglich nachzureichen.

Die Stellungnahme soll möglichst aktuell und nicht älter als 1 Jahr sein.

- Bei einem **Weitergewährungsantrag** ist eine aktuelle ärztliche Stellungnahme (Voraussetzungen s. oben) vorzulegen, wenn in den letzten beiden Schuljahren keine Stellungnahme vorgelegt wurde.
- Sofern **anderweitige Ansprüche** (aufgrund Unfall, Impfschaden, schuldhaftem Verhalten Dritter) geltend gemacht wurden, sind aussagekräftige Unterlagen darüber beizulegen.

## Seite 2: Angaben der Kindertageseinrichtung oder deren Träger

Die Kindertagesstätte bzw. deren Träger prüft die Angaben des Antragstellers und füllt die Seite 2 vollständig aus und unterschreibt diese. Der gesamte Antrag inklusive Anlagen wird anschließend an die Gemeinde, in der das Kind seinen (Erst-)Wohnsitz hat, weitergeleitet.

### Notwendige Anlagen:

- Bei einem **Neuantrag**: Begründung zur Notwendigkeit der integrativen Betreuung aus Sicht der Kindertageseinrichtung.
- Bei einem **Verlängerungsantrag**: Entwicklungs-/Betreuungsbericht zur weiteren Notwendigkeit der integrativen Betreuung Sicht der Kindertageseinrichtung.
- Bei Beantragung eines **Fachdienstes**: Begründung aus Sicht der Kindertageseinrichtung, warum dieser für das jeweilige Kind erforderlich ist.

### Information zum Fachdienst:

Fachdienste für Integration qualifizieren sich durch entsprechende behinderungsspezifische Ausbildungen und Erfahrungen in einschlägigen Fachdisziplinen, wie z.B. Sozialpädagogik, Heilpädagogik, Sonderpädagogik, Psychologie. Die Vorhaltung des Fachdienstes ist in Form von Festanstellung, auf Kooperationsbasis oder Honorarbasis möglich.

Medizinisch-therapeutische Leistungen, wie z.B. Krankengymnastik, Logopädie, Ergotherapie, fallen nicht unter den Fachdienst.

Die Kosten für den Einsatz eines Fachdienstes werden auf Antrag je nach Bedarf übernommen. Der Bedarf wird durch das Amt für Jugend und Familie Cham festgestellt. Es werden höchstens 50 Fachdienststunden pro Schuljahr gewährt. Die Vergütung erfolgt entsprechend der Qualifikation der eingesetzten Kraft gemäß Anhang F und G nach TVöD.

**Notwendige Anlagen:**

- Bei **erstmaliger Antragstellung im Kindergartenjahr**: Vom Träger ausgefülltes und unterschriebenes Zusatzformblatt "Leistungsvereinbarung". Es ist zu beachten, dass diese Leistungsvereinbarung 2-fach im Original unterschreiben beizulegen ist.
- Bei **jeder Antragstellung**: Berechnungsblatt Anstellungsschlüssel (für Kinder mit (drohender) Behinderung ist dabei ein Gewichtungsfaktor von 5,5 zugrunde zu legen).

**Wohin mit den Antragsunterlagen:**

Die gesamten Antragsunterlagen sind **bei der (Wohnsitz-)Gemeinde einzureichen**.

Die Gemeinde bestätigt den Antragseingang und reicht den Antrag nach Prüfung an das Landratsamt Cham weiter.